

DEMO

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR
KOMMUNALPOLITIK

DEMO 03/04 2018
32 Seiten in
der Heftmitte



Kinder- und Jugendpartizipation
Wir bringen uns ein!

Frank Baranowski

Erneuerung beginnt kommunal



In jeder Landesdelegiertenkonferenz widmen wir uns neuen Herausforderungen: Die digitale Stadt war unser Thema 2015 in Wuppertal. In diesem Jahr steht unsere Konferenz unter dem Motto "Europa findet Stadt". Wir leben in einem vereinten Europa, das aktuell aber durchaus bedroht ist: Brexit und Finanzkrise, Digitalisierung und Strukturwandel, Nationalismus und Flüchtlingsbewegungen, Rechtspopulismus und eine krisengeschüttelte Sozialdemokratie. Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind und die Frage lautet: Was haben Kommunen damit zu tun? Besteht ihr Beitrag zur europäischen Politik weiter "nur" in Partnerschaftsfesten und Jugendaustausch? Oder sind sie nicht mittlerweile selbst Teil einer europäischen Politik, in die sie sich einbringen und Verantwortung tragen müssen? Und wenn ja - wie sieht diese aus? Gerade die weltweiten Flüchtlingsbewegungen zeigen uns, dass die Welt in vielen Lebensbereichen vor den Toren der Kommunen nicht halt macht. Heimat – das ist längst kein Abschot-

tungsbegriff mehr – auch wenn gerade Konservative verschiedener Prägung uns dies vormachen wollen. Aber was macht sie aus? Wie funktioniert Integration in anderen europäischen Städten? Wie wird die Wohnungsnot in den Großstädten Europas bekämpft?

Wir wollen mit unserer Konferenz einen Impuls geben, salopp gesagt, etwas mehr Inhalt im allgegenwärtigen Bekenntnis zur Erneuerung der SPD.

Doch zuvor: Ein Blick zurück.

Wie sieht unsere Bilanz nach zweieinhalb Jahren aus? Wo steht die sozialdemokratische Kommunalpolitik?

Auch 2015 war ein Wahljahr – das letzte Mal, in dem Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte getrennt von Räten und Kreistagen gewählt wurden. Mit den Ergebnissen konnte die SPD durchaus zufrieden sein. Einige Hochburgen (Essen, Oberhausen) sind verloren worden, einige

mehr wieder gewonnen worden (Wuppertal, Solingen, Leverkusen, Neuss) und auch die Zahl der Landräte hat sich verdoppelt. Mit 131 Hauptverwaltungsbeamten ist die SPD weiterhin eine bestimmende kommunale Kraft. Ebenso waren die Wahlergebnisse in den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen im Jahr zuvor durchaus ermutigend.

Mehr denn je hat der Zustrom von Flüchtlingen die Systemrelevanz der Kommunen für unsere Demokratie offenbart: Ohne die Kommunen ist die Aufgabe (nicht nur 2015) nicht zu bewältigen. Die SPD hat in der Bundesregierung dafür gesorgt, dass die Kommunen zeitnah finanziell unterstützt worden sind. Dennoch hatten wohl alle Ebenen die Größe der Aufgabe unterschätzt - nicht nur in finanzieller Hinsicht.

Daneben waren auch andere Themen wichtig: vom Unterhaltsvorschuss über die Kitafinanzierung bis zur Erstattung der Flüchtlingskosten schwand auch in NRW der

Nimbus der kommunalfreundlichen Landesregierung angesichts der Beispiele, in denen NRW gegenüber seinen Kommunen eben nicht vorbildlich war. Und schließlich drängten neue Aufgaben in den Vordergrund: Angefangen bei sozialem Wohnungsbau (ein Thema, das die SGK mit dem zuständigen Minister Mike Groschek kontinuierlich bearbeitete), über den Ärztemangel im ländlichen Bereich, Diesel-Gipfel bis hin zu sozialem Arbeitsmarkt wurden zahlreiche Aufgaben thematisiert.

Doch obwohl die SPD durchaus selbstbewusst ihre Erfolge hätte präsentieren können, gelang es ihr nicht, der Abwärts-Spirale schlechter Umfragen zu entkommen (und dies, obwohl sie 2016 immerhin 9 von 16 Regierungschefs in Deutschland stellte und an 13 von 16 Landesregierungen beteiligt war).

2017 war dann ein Tiefpunkt erreicht: die als sicher geglaubte Landtagswahl in NRW ging ebenso verloren wie die Bundestagswahl. Seither wird die SPD gleich mehrfach auf harte Proben gestellt. Der Zick-Zack-Kurs zur GroKo war (und ist) noch längst nicht bewältigt, allerdings hat die SPD gezeigt, dass der Tanker auch in schwerer See manövrierfähig ist: die Debatte um den Koalitionsvertrag hat sie vorbildlich geführt, so dass selbst Kritiker ihr Respekt zollten.

Opposition im Land – Beteiligter im Bund

In dieser Konstellation steht die nächste Aufgabe bevor: Erneuerung heißt das Schlagwort und bezieht sich ebenso auf den Bund

als auch auf das Land. So viel Zeit wie bisher dürfen sich die Beteiligten in NRW dafür nicht mehr nehmen.

Denn bereits im Frühjahr 2019 beginnt erneut der Wahlmarathon mit der Europawahl. Ihr schließen sich im Herbst 2020 die Kommunalwahlen an: Erstmals werden wieder die Hauptverwaltungsbeamten mit den Räten und Kreistag gemeinsam gewählt. Ein Ergebnis, für das vor allem die SPD erfolgreich gekämpft hat. Von beiden Wahlen dürften Signale für die Bundestagswahl im Herbst 2021 und die Landtagswahl im Frühjahr 2022 ausgehen.

Für die SGK ist die Aufgabe damit klar: Sie wird sich quasi als einzige "Regierungsebene" der SPD in NRW aktiv an der organisatorischen, inhaltlichen und personellen Neuaufstellung beteiligen. Unser Anspruch bleibt: Die SPD will weiterhin stärkste kommunalpolitische Kraft in NRW bleiben. Mit dem Entwurf von programmatischen Grundsätzen beteiligt sich die SGK aktiv an der inhaltlichen Positionierung der NRWSPD. Sie werden sowohl auf der Landesdelegiertenkonferenz als auch auf dem Landeparteitag zur Diskussion gestellt. Organisations- und Personalentwicklung sind gleichermaßen unsere Themen. Will die SPD in NRW wieder als Anwältin der Kommunen erkennbar sein, muss sie nicht nur der schwarz-gelben Landesregierung die Stirn bieten. Auch ihre eigene Positionierung muss sich deutlich von der Zeit rot-grüner Landespolitik unterscheiden. Die SPD muss wieder kommunaler werden.

Stabile Finanzen als Ziel



Zum Kerngeschäft der SGK gehört seit jeher der Einsatz für eine faire und auskömmliche kommunale Finanzausstattung. Problembezogene Förderprogramme ersetzen keine dauerhaft angemessene Finanzierung zur Erfüllung kommunaler Aufgaben. Deshalb streitet die SGK vor allem für eine verbesserte kommunale Grundfinanzierung und arbeitet dazu mit Finanzfachleuten in ihrer Expertengruppe Kommunal Finanzen (Seite 4).

Die kommunalen Steuereinnahmen, wie Grund- und Gewerbesteuern müssen erhalten, am besten ausgeweitet werden, das kommunale Hebesatzrecht muss unangefochten bleiben und der Grundsatz der Konnexität muss gelten - auf allen Ebenen. Dies ist ein Kernbestandteil der Forde-

rungen gegenüber Bund und Land.

Auf Landesebene muss des weiteren endlich wieder ernsthaft über die Höhe des Verbundsatzes, also der kommunalen Beteiligung an den Steuereinnahmen des Landes, gesprochen werden. Klar ist: 23 Prozent sind schon lange nicht mehr genug! Das Land muss eine den Aufgaben angemessene Grundfinanzierung leisten. Auch darüber muss in der NRWSPD Klarheit herrschen!

Schwarz-Gelb hat nichts dazugelernt

Ausgerechnet die heutige Landesregierung, namentlich Armin Laschet, tat sich im Wahlkampf noch mit Erinnerungen an den einstigen Höchstsatz von 28 Prozent hervor und ließ Hoffnungen sprießen. Doch kaum in der Regierung, ist das Versprechen vergessen. Eine signifikante Erhöhung genau dieser Mittel hat die CDU im Landtagswahlkampf

lautstark gefordert. Umso enttäuschender ist es für die kommunale Familie jetzt, dass die neue Landesregierung auch an dieser Stelle Versprechen nicht realisiert und die Kommunen im Regen stehen lässt.

Die SGK fordert, den Verbundsatz umgehend auf echte 25 Prozent zu steigern und will, dass sich auch die NRWSPD diese Forderung zu eigen macht.

Derzeit plant die schwarz-gelbe Landesregierung lediglich eine Anpassung auf „echte 23 Prozent“. Hintergrund: Mit 1,17 Prozent waren die Kommunen an den Kosten der Einheit beteiligt, die heute durch nichts mehr zu rechtfertigen sind. Doch selbst diese Ankündigung soll erst im Jahr 2020 gelten, quasi das Geschenk für die dann bevorstehenden Kommunal- und Land-

tagswahl. Übrigens das Jahr, in dem die Neuregelung der Bundesländer-Finzen rund 9,6 Milliarden Euro in die Kassen aller Bundesländer spült.

Schon nach einem Jahr lässt die schwarz-gelbe Landesregierung ihre Maske der Kommunalfreundlichkeit nicht nur bei der Höhe des Verbundsatzes fallen:

- Aus der Ankündigung zur direkten Weiterleitung der Integrationspauschale in Höhe von 434 Millionen Euro, die Armin Laschet „vollständig und ungeschmälert“ an die Kommunen weiterleiten wollte, bleiben gerade einmal 100 Millionen Euro übrig.

- Auch bei der Krankenhausfinanzierung wird auf dem Rücken der Kommunen finanziert. Laumann und Laschet lassen sich

dafür feiern, dass die Landesregierung die Krankenhäuser besser finanziert, jedoch kommen 40 Prozent der Mittel von den Kommunen, egal ob sie Krankenhausträger sind oder nicht.

- Zur gleichen Zeit wird der Kommunal soli abgeschafft und die Mittel aus dem Landeshaushalt finanziert. Praktische Folge: Eine NRW-Steuer oase wie Monheim, durch Steuer-Dumping bestens finanziert, wird von der Finanzierung der Solidargemeinschaft befreit, während alle Kommunen zur Mitfinanzierung herangezogen werden.

Mehr und mehr erinnert die CDU/FDP-Regierung an Laschets erste Ministerzeit in Düsseldorf. Die Rüttgers-Regierung ging schnell als "Versprochen-Gebrochen-Koalition" in die Landesgeschichte ein.

Das Ehrenamt – Basis kommunaler Selbstverwaltung



In der Ehrenamtskommission haben wir maßgeblich zur Stärkung des Ehrenamtes beigetragen. Zu den wesentlichen Ergebnissen zählen:

- Die Neufassung des Zuwendungserlasses der Kommunen an Fraktionen. Endlich ist klargestellt, dass Fraktionen eine finanzielle Mindestausstattung benötigen. Über die konkrete Höhe entscheidet zwar weiterhin der Rat oder Kreistag, aber die Anforderungen werden im Erlass genannt und sind zu berücksichtigen, beispielsweise die Nutzung oder Anmietung von Fraktionsräumen. Klargestellt ist auch, dass Fraktionen Beiträge für die Mitgliedschaft in einer kommunalpolitischen Vereinigung zustehen. Mehr Klarheit und Rechtssicherheit bringt der Erlass auch zu den Verwendungszwecken.

- Die Anerkennung des kommunalpolitischen Ehrenamtes und des damit verbundenen Aufwandes kommt auch durch die Anhebung der Aufwandsentschädigung um zehn Prozent zum Ausdruck. Darüber hinaus haben Fraktionen bereits ab einer Größe von acht Mitgliedern die Möglichkeit,

einen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden zu wählen, der eine zusätzliche Aufwandsentschädigung erhält. Ab einer Fraktionsgröße von 16 Mitgliedern können zwei und ab 24 Mitgliedern drei stellvertretende Vorsitzende gewählt werden.

- Die zusätzliche, einfache Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende führte in der kommunalen Familie zu kritischen Diskussionen. Sollte es auch möglich sein, alle Ausschüsse von dieser Regelung auszunehmen? Leider beantwortete das Kommunalministerium diese Frage nur unzureichend, eine Klärung steht nach wie vor aus.

- Besonders wichtig für die ehrenamtlichen Mandatsträger war die Einführung eines landesweit einheitlichen Höchstsatzes für den Verdienstausschlag. Dieser löste den vielerorts unrealistisch niedrig festgelegten Verdienstausschlag in den Hauptsatzungen ab.

- Die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für eine Ausweitung des Freistellungsanspruchs bei flexiblen Arbeitszeiten oder Arbeitszeitmodel-

len wurde ebenfalls konstruktiv durch die SGK begleitet.

An den Bund richtete sich die Forderung, die Steuerfreibeträge für Aufwandsentschädigungen zu erhöhen, da die rechtlichen Grundlagen dort geschaffen werden müssen.

Die durch die Ehrenamtskommission empfohlene Einführung einer Sperrklausel scheiterte letztlich vor dem Verfassungsgerichtshof. Für Räte und Kreistage wird sich zur nächsten Kommunalwahl nichts ändern, für die Wahl zu den Bezirksvertretungen wurde die 2,5 Prozent-Klausel jedoch bestätigt. Mit einer Sperrklausel bei der Wahl zu den Räten und Kreistagen ist daher in absehbarer Zukunft nicht mehr zu rechnen, so wünschenswert dies auch wäre.

Kommunalpolitik verstehen.

Für ein besseres Politikverständnis in Nordrhein-Westfalen



Broschüre bestellen bei:
kommunalakademie@fes.de

Kommunalpolitik verstehen
Für ein besseres Politikverständnis
in Nordrhein-Westfalen

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

ANUALISIERTE
2018
AUFLAGE

Übersichtlich und verständlich erklärt diese Broschüre, was Kommunalpolitik ist, wie sie funktioniert und welche Rolle sie in unserem Land spielt. Es wird gezeigt, welche Aufgaben die Kommunen in NRW haben und welche Menschen an der Erfüllung dieser Aufgaben beteiligt sind.

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

KOMMUNAL
AKADEMIE

www.fes.de/kommunalakademie

GroKo: Ja ☒ oder Nein ☒ ?



Was tun, nachdem Jamaika gescheitert und aus den Sondierungen ein Koalitionsvertrag entstanden war, der den Kommunen Hoffnung macht und viele ihrer Interessen berücksichtigt? Die SGK hat sich auf Bundes- und Landesebene für die Annahme des Koalitionsvertrages ausgesprochen, weil er letztlich mehr Chancen als Risiken für die Kommunen aufweist und die SPD an der Regierung beteiligt.

Einmalig, wenn auch rechtlich nicht einklagbar ist sicher das Bekenntnis zur Konnexität. Ein derart starkes Signal gab es bisher nicht. Mit Mike Groschek, Frank Baranowski und Bernhard Daldrup hat die SPD-Seite dieses Bekenntnis durchsetzen können, nun wird es eine zentrale Aufgabe sein, diesem Grundsatz Rechnung zu tragen. Gleichmaßen sind die Zusagen zur Sicherung der kommunalen Steuerquellen, zum Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge, dem Erhalt des steuerlichen Querverbundes sowie zur Fortsetzung der Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten zu werten.

Sosehr die Idee unterstützt wird, dürfte der Einstieg in die Gebührenfreiheit bei Bildung und Ausbildung noch manche Debatte nach

sich ziehen. Eine ursachenorientierte Entlastung von Sozialausgaben könnte hingegen die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes bedeuten. 150.000 Plätze sind zugesagt, die insbesondere in den strukturschwachen Regionen ihre Wirkung haben dürften. Der vorsorgende Sozialstaat muss mehr als bisher die Ursachen gesellschaftlicher Problemlagen aufgreifen.

Die verstärkte Förderung des Wohnungsbaus sowie die geplanten Investitionen in Schulen, Bildung und den ÖPNV werden direkt erfahrbare Verbesserungen für viele Menschen bringen. Der weitere Ausbau der Ganztagsbetreuung und der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Kinder im Grundschulalter ebenso. Der gleiche Zugang zur Bildung - ungeachtet der eigenen Herkunft, das ist tatsächlich eine große sozialdemokratische Idee. Klar muss sein, dass die Finanzierung keine kommunale, sondern ein gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, deren Hauptlast der Bund zu tragen haben wird.

Ein gesamtdeutsches Fördersystem zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen für strukturschwache Regionen ist ein weiteres innovatives Konzept, das Bedürftigkeit und nicht mehr die Himmelsrichtungen zum Maßstab staatlichen Handelns macht. Auch die Zusage, eine Lösung für die seit Jahrzehnten nicht abnehmenden Altschulden mit Hilfe des Bundes auf den Weg zu bringen, stimmt zuversichtlich. Angefangen von der verbesserten Grundrente bis

zur Stärkung des Mieterschutzes vor den dramatischen Mietpreiserhöhungen gibt der Vertrag eine Reihe von Maßnahmen her, die die soziale Lage einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen stärkt und damit die Kommunen von Sozialausgaben entlasten kann.

Koalitionen sind kein Wunschkonzert und Wahlen haben Folgen. Gemessen am Wahlergebnis hat die SPD mit dem Koalitionsvertrag viel erreicht - das bestreiten nicht einmal Gegner der GroKo. Für die Kommunen wäre an verschiedenen Stellen mehr wünschenswert gewesen - beispielsweise bei der weiteren Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben. Diese Forderungen sind auch nicht durch die Regierungsbeteiligung erledigt. Auch die Lage der Kommunen wird ein Prüfstein sein, wenn es zur Halbzeit der GroKo um eine Bewertung des Koalitionsvertrages gehen wird.

Wir haben einen Kompass

Die aktuelle Debatte um ein solidarisches Grundeinkommen zeigt, dass die SPD nur dann wieder mehr Unterstützung bekommen kann, wenn sie der Erwartung entschlossen und mit konkreten Maßnahmen entspricht, vor allem die Lebensbedingungen sozial schwacher Gruppen der Gesellschaft zu verbessern: mehr soziale Gerechtigkeit durchzusetzen. Gerade die Integration vieler Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Die SGK NRW setzt sich seit langem für einen flächendeckenden

sozialen Arbeitsmarkt ein, der die Betroffenen nicht von einer Maßnahme zur nächsten schickt, sondern dem Grundsatz des Förderns die gleiche Bedeutung beimisst wie dem des Forderns, um Langzeitarbeitslosen zu zeigen: sie gehören dazu, wenn es um die Teilhabe am Arbeitsmarkt geht.

Ebenso wird die Integration von Flüchtlingen eine Daueraufgabe bleiben. Selbst wenn die Zahlen wieder sinken, bleibt Integration eine Daueraufgabe der Kommunalpolitik. Dabei müssen Zuständigkeiten eindeutig, Finanzierungen verlässlich und Verantwortlichkeiten klar sein. Nur dann gibt es klare Leitplanken, die ein gutes Zusammenleben in unseren Städten und Gemeinden sichern. Nicht nur deshalb wäre es sinnvoll, die Herausforderungen der Zukunft auch im Berliner Parlamentsbetrieb zu einer Aufgabe zu machen, die den Herausforderungen entspricht und sie nicht nur in die Hände der Exekutive zu legen.

Kommunen sind Heimat – das ist weder originell noch neu. Die Wiederentdeckung des Begriffs darf nicht zur strukturkonservativen Blockade von Reformen im 21. Jahrhundert werden. Die Digitalisierung der Gesellschaft macht vor der Heimat nicht halt. Aber was Heimat im digitalen Zeitalter bedeutet, ist noch nicht ausgemacht. Hier hat sozialdemokratische Kommunalpolitik eine große Aufgabe.

Wir stehen für ein Recht auf Glasfaser in allen Kommunen. Teilnahme und Teilhabe aller an der Entwicklung unserer Gesellschaft ist

die Voraussetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dafür steht sozialdemokratische Kommunalpolitik. Es ist auch die Aufgabe der Kommunen, den Zugang durch eine gute Infrastruktur zu ermöglichen. Vorbildhaft sollte dies für die Anbindung von öffentlichen Gebäuden wie Kindertagesstätten, Schulen und Rathäusern gelten. Das digitale Rathaus ist die Chance für transparentes, bürgernahes Handeln

Die SGK bleibt vorn



Mit mehr als 9.000 Mitglieder, ist die SGK NRW die größte kommunalpolitische Organisation in Nordrhein-Westfalen. Für die Mitglieder ist die Organisation da. Wir sind politische Akteure, ohne zu vergessen, Dienstleister für unsere Mitglieder zu sein, im Gegenteil: Rechtsauskünfte, die Bildungsarbeit, eigene Publikationen, Projektgruppen und Veranstaltungen sind Ausdruck unseres Verständnisses einer mitgliedorientierten Arbeit.

Gut aufgestellt will die SGK NRW auch weiterhin für eine lebendige und zukunftsfähige sozialdemokratische Kommunalpolitik arbeiten und die Interessen der Mitglieder in der Partei, der Landtagsfraktion und auch gegenüber der Landesregierung vertreten. Der Geschäftsbericht gibt einen (unvollständigen) Überblick unserer Arbeit der vergangenen zweieinhalb Jahre und wirft einen Blick in die Zukunft, die unseren Grundwerten verpflichtet ist: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität beginnen vor Ort und müssen sich dort erweisen. Dafür arbeiten wir.

Finanzen und Mitgliederentwicklung



In den letzten Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für die SGK verändert, leider nicht nur zum Guten. Insbesondere das Landtagswahlergebnis 2017 führt zu Einnahmeverlusten. Ein Einschnitt in das Leistungsangebot für SGK Mitglieder wird jedoch nicht vorgenommen.

„Sankt Bürokratismus“ erlangt auch bei der SGK immer mehr Bedeutung durch gestiegene Anforderungen an Dokumentation, beispielsweise bei Beschaffungen. Diese Anforderungen treffen alle kommunalpolitischen Vereinigungen in NRW.

Weiterhin hoch war die Prüfungs- dichte durch Finanzamt, Landtags-

verwaltung, Landesrechnungshof, Sozialversicherungsprüfung und der zusätzlich freiwilligen jährlichen Jahresabschlussprüfung durch ein externes Rechnungsprüfungsamt. Die Kassenprüfung durch die Revisoren findet regelmäßig zur LDV statt.

Neben den Landeszuweisungen setzen sich die Einnahmen der SGK aus Mitgliedsbeiträgen, Seminargebühren, Anzeigen- und Verkaufserlösen bei den Publikationen zusammen. Der Mitgliederbestand zum 1. Quartal 2018 betrug 9.143 Mitglieder. Damit ist die Mitgliederzahl erfreulicherweise erneut leicht gestiegen.




- ✓ Finanzierungsbedarf online ausschreiben
- ✓ Zugang zu neuen, überregionalen Investoren
- ✓ Einfach Angebote vergleichen und Kosten sparen

Der Online-Marktplatz für Kommunalfinanzierungen

www.commnex.de | contact@commnex.de | 089-74057593

Expertengruppe

Kommunalfinanzen



nächsten Jahren der Fall sein wird.

Ein weiterer „Klassiker“ war die Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG), die in der letzten Sitzung mit der Diskussion über das „Sofia-Gutachten“ behandelt wurde. Die Expertengruppe versteht sich

Die Expertengruppe Kommunalfinanzen unter der Leitung von Michael Makiolla hat im Berichtszeitraum sechsmal getagt.

Den Schwerpunkt der Arbeit in den ersten Sitzungen bildeten die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung mit der Reform des FLÜAG.

Ebenfalls beriet die Expertengruppe intensiv über die beiden wichtigsten kommunalen Steuern: die Grund- und die Gewerbesteuer. Insbesondere die Grundsteuer mit ihrer sehr langwierigen Reform entwickelt sich quasi zum „Dauerbrenner“ des Gremiums und war in den Vorjahren bereits mehrfach Thema. Es ist zu befürchten, dass dies auch in den

ausdrücklich nicht nur als Austauschgremium, sondern bereitet Inhalte und Anträge für den SGK-Landesvorstand vor, damit sich dieser in komplexen finanzpolitischen Themenstellungen positionieren kann.

Hierzu gehörte auch die fachliche Begleitung der Koalitionsverhandlungen in Land und Bund.

Als Referenten nahmen regelmäßig die Mitglieder des kommunalpolitischen Ausschusses der SPD-Landtagsfraktion teil. Weiterhin begleiteten Vertreter der Fachministerien und die kommunalen Spitzenverbände die Arbeit der Expertengruppe. Allen Mitgliedern und Referenten gebührt Dank für die intensive und fruchtbare Zusammenarbeit.

Projektgruppe

Expertengruppe Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik

Die Expertengruppe Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik unter der Leitung von Bernd Scheelen wurde in der letzten Wahlperiode des SGK-Landesvorstandes neu als Expertengruppe eingesetzt und hat in sechs Sitzungen getagt. Sie befasste sich zunächst mit dem Bundesteilhabegesetz und dem Inklusionsstärkungsgesetz. Daneben waren die Anpassungen und Änderungen des UVG ein immer wiederkehrendes Thema. Nachdem in der vorherigen Legislaturperiode der soziale Arbeitsmarkt einen Schwerpunkt der damaligen Projektgruppe gebildet hatte, hat sich die Expertengruppe nun erneut mit den Entwicklungen auf diesem Gebiet befasst und ein aktualisiertes Positionspapier entwickelt. Dabei hob sie hervor, wie notwendig die Einführung eines flächendeckenden sozialen Arbeitsmarktes für die Etablierung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft ist.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Befassung mit der sogenann-



ten „großen Lösung SGB VIII“. Manfred Walhorn, Abteilungsleiter im damaligen MfKJKS NRW stellte den aktuellen Stand aus Sicht der Landesregierung vor und diskutierte mit den Teilnehmern über die Auswirkungen für die Kommunen. Im Anschluss entwickelte die Expertengruppe hierzu ein Positionspapier mit Beschlussempfehlung an den SGK Vorstand, das dort mehrheitlich verabschiedet wurde.

In mehreren Terminen hat sich die Expertengruppe mit der Problematik der Ärzteversorgung in NRW auseinandergesetzt. Zunächst legte sie dabei den Fokus

auf die mangelnde ärztliche Versorgung auf dem Land. Im Laufe der Diskussion wurde jedoch herausgearbeitet, dass die Probleme nicht nur im ländlichen Bereich, sondern auch in einigen unterversorgten städtischen Quartieren bereits jetzt auftreten. Gesprächspartner waren hierbei insbesondere der Deutsche Landkreistag, sowie der Städte- und Gemeindebund. Die Expertengruppe erarbeitete hieraus mehrere Forderungen zur Stärkung der ärztlichen Versorgung in NRW, die in einen Antrag mit Beschlussempfehlung an die Landesdelegiertenversammlung im April in Bielefeld mündet.

Expertengruppe

Kommunalverfassungsrecht

Die Expertengruppe Kommunalverfassungsrecht hat sich in fünf Sitzungen unter der Leitung von Bürgermeisterin Marion Weike insbesondere mit der Umsetzung der Ergebnisse der Ehrenamtskommission sowie dem Erlass zur Fraktionsfinanzierung beschäftigt.

Auch wurden die Gesetze zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und zur Stärkung des Kreistags begleitet. Hiermit waren umfangreiche Änderungen in der Gemeindeordnung und im Kommunalwahlgesetz verbunden. So wurde erstmalig ein Anspruch auf Zahlung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende in die Gemeindeordnung aufgenommen, sowie der Schwellenwert, ab dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden ein Anspruch auf eine zusätzliche Aufwandsentschädigung gewährt wird, abgesenkt. Die Mindestgröße für Fraktionen

wurde angehoben und im Kommunalwahlgesetz die Möglichkeit zur Verkleinerung der Räte erweitert.

Des Weiteren hat die Expertengruppe das Verfahren zur 2,5%-Sperrklausel verfolgt und sich mit dem Urteil des Landesverfassungsgerichtshofs und dessen Auswirkungen auf die Kommunalverfassung auseinandergesetzt.

Weitere Themen in der Expertengruppe waren die Quotierung von Aufsichtsräten nach dem Entwurf des LGG, Ruhegehaltsregelungen für Hauptverwaltungsbeamte sowie deren Statusrecht.

Im Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung (bis Mai 2017), der SPD-Landtagsfraktion und externer Gäste wurden die Positionen der SGK NRW erarbeitet.

Hierzu gehörte auch die Auswertung des Koalitionsvertrages auf Landesebene zwischen CDU und FDP und dessen kommunalverfassungsrechtliche Bedeutung.

Zuletzt hat die Expertengruppe mögliche Änderungen am Kommunalwahlgesetz diskutiert und lieferte so die Grundlage für eine erste Stellungnahme gegenüber dem Kommunalministerium.



www.gvv.de

INTELLIGENTE VERSICHERUNGSKONZEPTE. DAMIT DER HAUSHALT NICHT BADEN GEHT.

Kommunen droht bei großen Schäden schnell ein finanzielles „Land unter“.
GVV-Kommunal schützt mit umfassendem Expertenwissen und maximalen Versicherungssummen im Worst Case. Über 100 Jahre Erfahrung machen uns zu einem Partner mit höchster Kompetenz.
Mit uns behalten Sie bei jedem Schaden den Kopf über Wasser.

GVV-Kommunalversicherung WVaG · Aachener Str. 952–958 · 50933 Köln

KOMMUNAL
VERSICHERUNG WVaG

Projektgruppe

Projektgruppe Energie und Klimaschutz



Im steten Dialog mit Mitgliedern aus der Landtagsfraktion wurden aktuelle Probleme diskutiert und gemeinsame Ziele erörtert. Im Zuge dessen fand ein Fachgespräch „Kommunale Wirtschaft – Windkraft und Planungsrecht“ zusammen mit der SPD-Landtagsfraktion NRW statt, an dem Umweltpolitiker aus verschiedenen Kommunen in NRW teilnahmen. Der

Die Projektgruppe Energie und Klimaschutz unter der Leitung von Manfred Kossack hat sich in der vergangenen Wahlperiode des SGK-Landesvorstandes NRW zu sieben Sitzungen getroffen. Thematisiert wurde dabei unter anderem die Novelle zum Landesnaturschutzgesetz NRW, die Notwendigkeit der Digitalisierung der Energiewende mit den entsprechenden Erleichterungen bei der Konzessionsvergabe, sowie die strategischen Herausforderungen für kommunale Versorger im Zuge der Energiewende. Hierzu fand ein regelmäßiger Austausch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und anderen Organisationen, wie beispielsweise der Innovation City Ruhr, statt.



Bei einem Besuch des Bioenergieparks Saerbeck im Münsterland informierten sich die Teilnehmer über die Möglichkeiten einer energieautarken Kommune und tauschten sich darüber aus, wie weit fortgeschritten ihre eigenen Kommunen auf diesem Gebiet bereits sind. Die Vielfalt der Möglichkeiten zum Einsatz unterschiedlichster Energien wurde deutlich bei einer Begehung des Gasturbinenkraftwerks Lausward in Düsseldorf, welches zu den modernsten Gaskraftwerken der Welt zählt.

Landesverband erneuerbare Energien NRW stellte dabei die aus seiner Sicht bestehenden Probleme dar, die sich aus den Änderungen des Windkrafteinsatzes der Landesregierung ergeben.

Weiter thematisiert wurden die Handlungsoptionen für Kommunen und kommunale Unternehmen im Zuge der Energiewende, sowie die Anforderungen an die kommunale Ebene im Hinblick auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung.

Projektgruppe

Digitales Leben

Die Projektgruppe Digitales Leben hat unter der Leitung von Birgit Alkenings seit der letzten Landesdelegiertenversammlung fünfmal getagt. Ein Schwerpunkt der PG war OpenData und eGovernment. Mit Expertinnen und Experten diskutierten die Teilnehmer gerade die Bedeutung von OpenData und stellten fest, dass in vielen Kommunen Informationsdefizite herrschen und teilweise auch durch gezielte Fehlinformationen die „Angst“ vor OpenData die Sichtweise auf einen sinnvollen Nutzen verstellt. Um dem entgegenzuwirken, hat die PG einen Musterantrag für die Fraktionen formuliert, mit dem die Verwaltungen aufgefordert wurden, OpenData Strategien zu entwickeln und vor Ort einzuführen.

Ein weiteres Thema war Verkehr 4.0. Ernesto Ruge, Experte von Ruhrmobil-E e.V., und Martin Randelhoff, Experte von Zukunft Mobilität e.V., stellten den Projektgruppen Digitales Leben und



Verkehrsinfrastruktur in einer gemeinsamen Sitzung den aktuellen Sachstand und ihre Sicht einer vernetzten Verkehrswelt der Zukunft vor.

Die Projektgruppe hat sich zudem mit den weiteren Facetten von Smart-City Projekten beschäftigt. Datenschutz, Bürgerbeteiligung in Zeiten der digitalen Welt, das Internet-of-Things und die Weiterentwicklung von Standards beschäftigten die Projektgruppe ebenfalls. Des Weiteren ließ sich die Projektgruppe regelmäßig zu Best-Practice-Beispielen, wie z.B. zu smarterer Straßenbeleuchtung, durch Expertinnen und Experten berichten.

Ständig begleitendes Thema der Projektgruppe war der Umgang mit digitalen Medien und die Auswirkungen auf die Kommunikationsgesellschaft. Um den Umgang von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern zu unterstützen, hat die Geschäftsstelle in der SGK-Schriftenreihe das Medienhandbuch herausgegeben. Dort finden sich auch Beiträge von Projektgruppenmitgliedern wieder.

Der Bereich Smart-City ist ein sehr umfassender Bereich mit vielen interessanten Feldern. Die SGK NRW wird sich auch nach der LDV weiter mit diesem Thema auseinandersetzen.

SGK-Schriftenreihe

Die SGK-Publikationen sind aus den Bücherregalen der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen nicht wegzudenken. Seit der letzten Landesdelegiertenversammlung (LDV) hat die SGK NRW eine Vielzahl von neuen und überarbeiteten Publikationen herausgegeben.



Anlässlich der LDV 2015 wurde der Tagungsband "Die Digitale Stadt der Zukunft" (Bd. 34) präsentiert. Neben der Neuauflage der Gemeindeordnung NRW (Bd. 38), wurden seitdem fünf weitere Bände der SGK-Schriftenreihe veröffentlicht.

Die Nachschlagewerke **Stadtentwicklung und Bauleitplanung** (Bd. 35), **Arbeit in Aufsichts- und Verwaltungsräten** (Bd. 36), **Handbuch NKF** (Bd. 37) und das **Medienhandbuch** (Bd. 39), komplettieren die Reihe der Nachschlagewerke der SGK. Aufgrund der hohen Nachfrage wurde Band 35 bereits in der 2. Auflage produziert.

Mit **Sonderband 1 – die Stadt und ihr Geld** hat die SGK NRW eine Kooperation mit dem Kommunal- und Schulbuchverlag gestartet, die in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden soll.

Zurzeit befinden sich die Publikationen „Strategische Steuerung der Kommune“, „Demografie – ein Handbuch“ und „Das Kommunallexikon“ in der Bearbeitung und werden im Rahmen der SGK-Schriftenreihe neu erscheinen. Rechtzeitig zur Kommunalwahl wird ebenfalls ein neuer „Leitfaden Wahlrecht zur Kommunalwahl“ erscheinen.

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

© Andreas Grasser
Bundesweiter Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen

- **Fairer Handel und Faire Beschaffung**
- **Global Nachhaltige Kommune**
- **Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen**
- **Migration und Entwicklung**

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist Teil von **ENGAGEMENT GLOBAL** und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen
 Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn | www.engagement-global.de
 Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
 www.service-eine-welt.de | info@service-eine-welt.de

Im Auftrag des
 Bundesministeriums für
 wirtschaftliche Zusammenarbeit
 und Entwicklung

SGK-Tagungen, Fachgespräche, Kongresse

Die SGK NRW organisiert in regelmäßigen Abständen Fachgespräche, Veranstaltungen und Tagungen zu aktuellen kommunalpolitischen Themen. Der Austausch und die Diskussion zentraler Fragestellungen der nordrhein-westfälischen Kommunalpolitik stehen im Mittelpunkt.

Kommunalpolitik trifft Landespolitik

Der regelmäßige Meinungsaustausch zwischen den haupt- und ehrenamtlichen Kommunalen und der Landespolitik wird weiterhin regelmäßig organisiert. Dadurch wird der direkte Dialog zwischen den Kommunen und der Landespolitik angeboten, der von vielen sozialdemokratischen Mandatsträgern regelmäßig wahrgenommen wird. Die Austauschrunden schaffen ein Problembewusstsein seitens der Verantwortlichen auf Landesebene über die tatsächli-

che Lage vor Ort und ermöglichen umgekehrt die Darlegung der Beweggründe über landespolitische Entscheidungen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Römer und die fachpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, aber auch der Parteivorsitzende Michael Groschek, berichten in diesen Gesprächen aus erster Hand und geben wichtige Impulse für die politische Arbeit. Auch in diesem Jahr wird es wieder regelmäßige Veranstaltungen geben.

Ob Fraktionsvorsitzenden-, Beigeordneten- oder (Ober-)Bürgermeister-/Landrätetreffen: Nicht selten waren bis zur Landtagswahl 2017 Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Innenminister Ralf Jäger und weitere Minister zu Gast.



Treffen mit Hauptverwaltungsbeamten



Treffen mit Beigeordneten



SGK-Seminare

Das SGK-Bildungsprogramm ist nach wie vor sehr gefragt. Mit den dezentralen Seminaren der Landesgeschäftsstelle und den Kreisverbandsseminaren werden jedes Jahr viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker weitergebildet. Die SGK-Bildungsbausteine bieten in den Themen, „Handwerkszeug“ und „Soft-Skills“ für jeden etwas Passendes an. Gemeinsam mit den Bildungswerken und der FES, bereitet die SGK die Kandidatinnen und Kandidaten auf die Kommunalwahl 2020 vor.



Meinungsaustausch mit Fraktionsvorsitzenden



SGK-Kamingespräch

Das mittlerweile schon traditionelle „SGK-Kamingespräch“ ist ein wichtiger Erfahrungsaustausch im Rahmen der Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen und fand Anfang 2015 in Düsseldorf statt. Es dient der Vernetzung von Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern mit Kandidatinnen und Kandidaten für die Positionen des (Ober-)Bürgermeisters oder Landrates. Tipps und Tricks mitnehmen, von Erfahrenen lernen und den eigenen Standpunkt

bestimmen, sind eine gute Vorbereitung für die Persönlichkeitswahl. Auch zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2020 wird die SGK NRW den Kandidatinnen und Kandidaten ein solches Gespräch anbieten.



Flüchtlingskonferenzen von SGK und SPD-Landtagsfraktion

Die zunehmende Zahl von Geflüchteten stellte 2015 Bund, Länder und Kommunen vor große Herausforderungen. Bei vier gut besuchten Regionalkonferenzen unter dem Titel „Integration gemeinsam gestalten“ diskutierten Ober-/Bürgermeister, Fraktionsvorsitzende und Beigeordnete mit der SPD-Landtagsfraktion über die Herausforderungen und Chancen der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die Regionalkonferenzen zeigten sehr deutlich auf, dass sich die Kommunen durchaus in der Lage sehen, die Flüchtlingszuströme zu bewältigen. Die große Herausforderung der anschließenden Integration der anerkannten Asylbewerber sei allerdings noch massiv auszubauen, um sie letztendlich bewältigen zu können.



Regionalkonferenz in Gelsenkirchen



Regionalkonferenz in Neuss



Kreisverbandskonferenzen

Auch in den vergangenen Jahren hat die SGK regelmäßig zu Kreisverbandskonferenzen eingeladen. Neben den formellen Inhalten, wie beispielsweise den laufenden Veränderungen in den Bildungsrichtlinien, bietet die SGK bei jeder KV-Konferenz inhaltliche und nützliche Inputs aus verschiedenen Bereichen der Politik, aber auch Best-Practice-Beispiele.

Zur KV-Konferenz 2016 hatte die SGK NRW zum Demo-Kongress in Berlin eingeladen. Dort wurden die Gäste von Bernhard Daldrup persönlich begrüßt und durch den Bundestag geführt.



Daneben wurden die aktuellen Seminarbausteine für die Kommunalwahl 2020 vorgestellt und PWC sowie der Elektrobushersteller Sileo erläuterten anhand von Best-Practice-Beispielen die Möglichkeiten für einen nachhaltigen Ausbau von Elektromobilität.



SGK-Mitarbeitertreffen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SGK-Landesgeschäftsstellen und der Bundes-SGK, haben sich 2017 auf Einladung der SGK NRW, in Gelsenkirchen zum gegenseitigen Kennenlernen und

zum Erfahrungsaustausch getroffen. Neben der Vernetzung standen inhaltliche Schwerpunkte wie die Entwicklung von Wohnquartieren und die Kooperation von Stadtwerken im Mittelpunkt.



Young Professionals

Mit dem Arbeitsprogramm 2015 wurde die Projektgruppe „Young Professionals“ ins Leben gerufen. In regelmäßigen Abständen treffen sich seitdem rund 70 junge (U40) Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landräte, Beigeordnete, Fraktionsvorsitzende, hauptamtliche Fraktionsgeschäftsführer, Landtagsabgeordnete



und leitende Angestellte aus der Kommunalwirtschaft und Verwaltung zu einem Gedankenaustausch und Netzwerktreffen.

Bei dem Auftakttreffen in Velfert 2016 wurde in Arbeitsgruppen gemeinsam überlegt und beschlossen, in welcher Form sich die Gruppe selbst verwalten möchte und welche Themen diskutiert werden sollen. Seit dem tagen neben der „großen Runde“ auch ein „BürgermeisterInnenstammtisch“ und die Beigeordnetenrunde zum Austausch zwischen den jungen Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten.



SGK-Fachtagungen

Die SGK-Fachtagungen dienen neben dem Meinungsaustausch vor allem der praxisnahen Informations- und Wissensvermittlung. So fanden in den vergangenen Jahren mehrere SGK-Fachtagungen zu den unterschiedlichsten Themen statt. Eine Auswahl ist hier zusammengestellt.

Meinungsaustausch Kinder und Jugendpolitik in NRW



Martin Schulz und Kannelore Kraft Kommunen für Morgen – Gerecht, Innovativ, Lebenswert



SGK-Fachgespräch Kommunale Wirtschaft: Windkraft und Planungsrecht



SGK-Forum Europa vor dem Kollaps? Wie die europäische Flüchtlingskrise die Kommunen in NRW beeinflusst



SGK-Forum Umgang mit rechten Parteien in den Räten und Kreistagen



Weitere Berichte sind immer aktuell auf der Internetseite und die passenden Bilder dazu auf dem Flickr-Portal der SGK NRW zu finden.

FJK – Forum junge Kommunalpolitik



Auch seit der letzten LDV hat das FJK Interessierten viele Weiterbildungs- und Netzwerkveranstaltungen angeboten. Junge kommunalpolitisch Interessierte aus ganz NRW erhalten regelmäßig Seminarangebote von Bündnispartnern und Bildungswerken und sollen zukünftig auch eigene Seminare zur inhaltlichen und „handwerklichen“ Qualifizierung und Weiterbildung angeboten bekommen.

Die Steuerungsgruppe des Forums trifft sich regelmäßig. Auf Parteitagen, Delegiertenversammlungen und Kongressen war das FJK mit einem Informationsstand vertreten. Politisch interessierte junge Leute wurden mit der Veranstaltung „Nachfragen erwünscht! Diskussionsrunden mit ExpertInnen“ angesprochen. Im Mittelpunkt der weite-

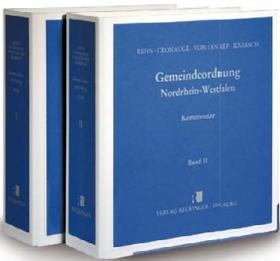


ren Planungen steht nun die Kommunalwahl 2020. Auftakt dazu wird der Workshoptag „Kommunalpolitik macht Spaß“ am 16. Juni in Castrop Rauxel sein.

Gemeindeordnung NRW Kommentar

Rehn | Cronauge |
v. Lennep | Knirsch

Digitalausgabe
jetzt testen!



- Fundiert kommentiert
- Praxisorientiert
- Übersichtlich strukturiert

Der seit über 40 Jahren in der Praxis bewährte und in der Rechtsprechung anerkannte **Standardkommentar** zur Gemeindeordnung NRW ist ein unentbehrliches Hilfsmittel bei der Auslegung und Anwendung des Gesetzes.

Print
99,- € zur Fortsetzung
259,- € im Einzelbezug
ISBN 978-3-7922-0112-1

Digital
179,- € für 1 Nutzer
im Jahresabonnement
ISBN 978-3-7922-0164-0

Print + Digital
Print: einmalig 99,- €
im Fortsetzungsbezug
Dig.: 59,- € p. a. (1 Nutzer)
ISBN 978-3-7922-0172-5

Weitere Informationen
und Leseproben unter
www.reckinger.de

VERLAG
RECKINGER

Projektgruppe Projektgruppe Flüchtlinge und Zuwanderung



Die Projektgruppe Flüchtlinge und Zuwanderung hat sich unter der Leitung von Rainer Heller in der vergangenen Wahlperiode des SGK-Landesvorstandes NRW acht Mal getroffen, um sich mit der Situation der Geflüchteten insbesondere im Zuge der Flüchtlingskrise auseinanderzusetzen und auszutauschen.

Die Mitglieder haben sich unter anderem mit der Unterbringungssituation, Fragen der Kita- und Schulintegration und weiteren integrativen Handlungskonzepten in den Kreisen und Städten, dem Bundesintegrationsgesetz und möglichen Förderprogrammen im Bereich der Integrationspolitik auseinandergesetzt. Insbesondere die Integration in den Arbeitsmarkt wurde diskutiert und mit Fachexperten/-innen weiter vertieft.

Die Projektgruppe entwickelte eine Stellungnahme zum Antrag der SPD-Landtagsfraktion „Gelingende Integration von Flüchtlingen – Integrationsplan für NRW“, in der sie sich dafür aussprach, einen In-

tegrationsplan für NRW zu erstellen und zu beschließen. Es wurden 17 Forderungen aufgestellt, die als Beschlussvorschlag in den SGK-Landesvorstand eingebracht und dort einstimmig beschlossen wurden. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Forderung nach einer vollständigen Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund, sowie der Einführung eines Einwanderungsgesetzes.

Die Grundlagen und Ziele eines Einwanderungsgesetzes wurden im Austausch mit Nadja Lüders, stellvertretende Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion NRW, beraten. Dabei wurde deutlich, dass die Definition des Begriffes Einwanderung sehr unterschiedlich verstanden wird. Im Rahmen der Vorstellung des Projektes „Einwanderung gestalten“ am Beispiel ausgewählter Städte erfolgte eine Umfrage unter den Mitgliedern der Projektgruppe, um die aktuelle Situation der Geflüchteten in den Kommunen unter verschiedenen Aspekten zu analysieren und so eine Bestandsaufnahme zu ermöglichen.

Projektgruppe Verkehrsinfrastruktur



Die Projektgruppe Verkehrsinfrastruktur unter der Leitung von Stadtbaurat Mike-Sebastian Janke hat sich – zum Teil zusammen mit der Projektgruppe „Digitales“ zukunftsorientiert mit dem Verkehr 4.0 in NRW und dem digitalen Verkehr vor Ort beschäftigt. Das Thema Dieserverbot in den Innenstädten und die blaue Plakette sowie die Entwicklungen

und Perspektiven der Straßeninfrastruktur in NRW spielten bei der Beratung in der Gruppe eine ebenso große Rolle, wie die Bedeutung von Flughäfen für die Wirtschaft in den Kommunen in NRW.

In ihren Treffen haben sich die Mitglieder der Projektgruppe durch externen Sachverstand beispielsweise durch das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW, aber auch insbesondere bei der kritischen Betrachtung des Themas Dieselfahrverbote durch den BUND beraten.

Projektgruppe Kommunalpolitisches Ehrenamt



deutung innerhalb der Schullandschaft verliert. Aufgrund dessen hat die Projektgruppe vereinbart, dass zur Landesdelegiertenkonferenz 2018 ein Antrag eingebracht wird, der die Landtagsfraktion auffordern soll, sich für eine Verankerung von Kommunalpolitik im Lehrplan der Schulen einzusetzen.

Die Projektgruppe „Image des kommunalpolitischen Ehrenamtes“ unter Leitung von Nicole Sander, hat sich mit den verschiedenen Problemfeldern in der Wahrnehmung der Attraktivität des kommunalpolitischen Ehrenamtes beschäftigt. In mehreren Sitzungen wurden vor allem die Felder des angestaubten Images und die fehlende Verankerung von Kommunalpolitik in der Kinder- und Jugendbildung diskutiert. Unter anderem stellte die Kommunikationsagentur Butter eine mögliche Marketingstrategie zur besseren Vermarktung von Kommunalpolitik, als attraktives ehrenamtliches Engagement vor.

Bei einem weiteren Diskussionstermin u.a. mit der Landeszentrale für politische Bildung, wurde festgestellt, dass Politik im Allgemeinen auf immer mehr an Be-

Des Weiteren soll im wahlkampf-freien Jahr 2018, eine große Umfrage gemeinsam mit dem Forum junge Kommunalpolitik durchgeführt werden. Alle SGK-Mitglieder und politisch interessierte junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollen befragt werden, inwiefern sie zufrieden sind mit ihrem „kommunalpolitischen Job“, was verbessert werden kann, um die Motivation zu fördern und vor allem, welche Anforderungen die jungen Menschen an die Kommunalpolitik stellen, um sie attraktiv für ein Engagement zu machen. Die Ergebnisse sollen dann gemeinsam mit dem Forum junge Kommunalpolitik und der Expertengruppe Kommunalverfassungsrecht abschließend diskutiert und in einem Forderungskatalog an die Landesregierung zusammengefasst werden.

„Freiwillig bei der SGK NRW“

Mit der Möglichkeit ein „freiwilliges soziales Jahr im politischen Leben“ (FSJP) zu absolvieren, bietet die SGK NRW seit 2011 jungen Menschen vertiefende Einblicke in die Gesetzgebungsprozesse des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die staatspolitischen Funktionen von Kommunen und kommunalen Vertretungen.

Das FSJP soll den Freiwilligen die Möglichkeit geben, ihr kommunalpolitisches Wissen zu vertiefen. Die Vermittlung von Strukturen, Aufgaben und Arbeitsabläufen in der SGK-Geschäftsstelle sowie die Teilnahme an Veranstaltungen stehen im Mittelpunkt des freiwilligen Jahres.

Im Berichtszeitraum haben vier junge Menschen das FSJP bei der SGK NRW wahrgenommen. **Anna Rimkus** (2014-2015), **Florian Heer** (2015-2016), **Timon Rhein** (2016-2017) und **Najda Mauel** (seit September 2017).



Projektgruppe

Frühkindliche Bildung



Die Projektgruppe frühkindliche Bildung hat in der Amtszeit des Vorstandes fünfmal getagt. Schwerpunktthema war die Reform des Kibiz. Ein weiteres Thema war die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMFs). Hierzu hat ein externer Referent der Evangelischen Jugend- und Familienhilfe gGmbH berichtet.

Die PG hat zudem eine Veranstaltung zum Informations- und Meinungsaustausch mit Mitgliedern der JHAs vorbereitet. Bei diesem Meinungsaustausch im Juni 2016 diskutierten Prof. Dr. Klaus Schäfer, Wolfgang Jörg MdL, Manfred

Walhorn (MFKJKS mit rund 50 JHA-Mitgliedern).

Neben der PG hat dreimal eine kleinere, sogenannte „Redaktionsgruppe“ getagt und zum Teil mit externen Gästen Positionen in Form von Eckpunkten für ein neues Kibiz erarbeitet.

Durch den Regierungswechsel verzögert sich nun nicht nur die grundständige Reform des Kibiz, auch die inhaltliche Schwerpunktsetzung wird sich verändern. Dies wurde zuletzt in der Sitzung im Januar 2018 gemeinsam mit der Landtagsfraktion erörtert. Im Rahmen der künftigen Gesetzgebungsvorhaben zur Revision des Kibiz will die Projektgruppe ihre Anforderungen einbringen.

SGK-Ehrennadel



Die SGK-Ehrennadel wird seit 2010 verliehen, um verdiente sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auszuzeichnen. Sie soll Ausdruck der Anerkennung für herausragendes kommunalpolitisches Engagement und besonderen Einsatz für die Ziele sozialdemokratischer Kommunalpolitik sein.

Renate Canisius, Bürgermeisterin in Köln, Dr. Jürgen Linde, Oberbür-

germeister a.D. Aachen und Edgar Moron, NRW-Landtagspräsident a.D. waren die ersten, die diese Ehrung entgegen nehmen konnten.

Anlässlich der Landesdelegiertenversammlung 2015 wurde sie im Rahmen des kommunalen Abends vergeben an Marlene Lubek aus Paderborn, Ursula Kraus aus Wuppertal, Dr. Wolfgang Honsdorf aus Bad Salzuflen und Ernst Prüsse aus Dortmund.



Im Jahr 2016 hatte die SGK zur Verleihung der Ehrennadel in den Malkasten in Düsseldorf geladen. Vor den rund 100 geladenen Gästen wurden an diesem Tag Rudi Bertram aus Eschweiler, Karsten Koch aus Beckum und die damalige Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, ausgezeichnet.



SGK-Digital Zahlen, Daten, Fakten



Die SGK-Internetseite wird nach wie vor von den Mitgliedern ausgiebig genutzt. Im Durchschnitt rund 10.000 Zugriffe verzeichnet das SGK-Intranet monatlich.



Die Kommunal-Mail wird aktuell an einen Verteiler von rund 8.700 E-Mailadressen versendet. Damit haben rund 90 Prozent der SGK-Mitglieder einen Zugang zum Intranet der

SGK NRW und erhalten in regelmäßigen Abständen die Kommunal- und Seminar-Mails.



Der Facebook-Auftritt der SGK NRW wird weiter intensiv genutzt. Die Seite verzeichnet aktuell 2.141 "Fans".



Wie gewohnt sind Bilder vergangener Veranstaltungen auf dem Flickr-Portal zu finden. Die Kommunale ist als PDF-Download vorhanden und kann direkt online als ePaper gelesen werden.



Besuchen Sie uns auf der polis Convention 2018!

Flächen gestalten, Projekte entwickeln.

Bereits über 9.000 Hektar vorgenzogter Fläche hat die RAG Montan Immobilien seit 1977 in NRW und dem Saarland erfolgreich entwickelt. Vom Standort für Gewerbe und Dienstleistungen, über Logistik bis hin zum attraktiven Wohnquartier.

Dabei haben unsere Experten die komplette immobilienwirtschaftliche Wertschöpfungskette im Blick. Mit allen Optionen, ohne einen Quadratmeter Fläche zu verschenken.

Unser eigenes, vielfältiges Flächenportfolio erweitern wir dabei stetig durch einen bedarfsgerechten Ankauf von Grundstücken mit Entwicklungsperspektive.

RAG Montan Immobilien GmbH
 Im Welterbe 1-8, 45141 Essen
 info@rag-montan-immobilien.de
 www.rag-montan-immobilien.de
 0201/378 - 0

Die Zukunft ist unser Revier.

SGK-Rechtsberatung

„Recht haben alleine genügt nicht ...“

...man muss auch die SGK auf seiner Seite haben. Fast täglich erreichen die Geschäftsstelle Anfragen zu unterschiedlichsten rechtlichen und politischen Fragen – schriftlich, telefonisch und per E-Mail.



Häufig handelt es sich um Kommunalverfassungsrechtliche Probleme. Hierzu gehören Fragen zur Zuständigkeit des Rates, zur Kompetenz des Bürgermeisters, zur Zulässigkeit von Bürgerbegehren, Befangenheitsfragen und Probleme bei der Freistellung von Mandatsträgern.

Darüber hinaus beschäftigen sich die Anfragen mit allen Rechtsgebieten, mit denen Rats- und Kreistagsmitglieder konfrontiert werden. Beginnend beim Abgabenrecht über das Straßen- und Wegerecht bis hin zu Fragen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen.

Auch das kommunale Wahlrecht war und ist ein „Dauerbrenner“ und deshalb wird die „Rechtsabteilung“ der SGK rechtzeitig vor der nächsten Kommunalwahl eine Handreichung für die kommunalen Praktiker veröffentlicht. Der Bedarf scheint durchaus groß zu sein. Das Exemplar zur Kommunalwahl 2014 wurde über 3.000 Mal bestellt.

Bearbeitet werden die Anfragen von den Volljuristen in der SGK-Landesgeschäftsstelle. Hier hat es im Berichtszeitraum eine personelle Veränderung gegeben: Kerstin Heidler trat im Oktober 2016 eine Stelle als Beigeordnete in Unna an. Ihr folgte Hanna Schulze nach, die vorher u.a. als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag des Märkischen Kreises kommunalpolitisch aktiv war. Sie komplettiert als Volljuristin nun zusammen mit Sascha Kudella und Arno Jansen das Juristenteam in der Landesgeschäftsstelle.



SGK-Landesgeschäftsstelle – Personal

In den vergangenen Jahren haben sich einige Veränderungen in der SGK-Geschäftsstelle ergeben. **Kerstin Heidler** hat die SGK NRW 2016 verlassen, um als Beigeordnete in der Stadt Unna zu wirken. Für sie wurde die Volljuristin **Hanna Schulze** als Referentin eingestellt. Neuer allgemeiner Vertreter ist seitdem **Arno Jansen**.



Johanna Mielke hat die SGK NRW ebenfalls verlassen und arbeitet nun bei der Kinder- und Jugendstiftung in Köln. Ihre Elternzeitvertretung **Gianna Lakhal** wechselte 2017 in die Gemeinde Rommerskirchen als persönliche Referentin des Bürgermeisters.

Dietmar Meinert feierte 2016 sein 25-jähriges Dienstjubiläum. **Elke Krumbein** war 2015 bereits 30 Jahre bei der SGK NRW beschäftigt.



Bei der Bundestagswahl 2017 wurde Landesgeschäftsführer **Bernhard Daldrup** erneut in den Bundestag gewählt und ist dort auch weiterhin als kommunalpolitischer Sprecher die Stimme der Kommunalen in der SPD-Bundestagsfraktion.

REMONDIS®

IM AUFTRAG DER ZUKUNFT

Wir machen das. Gemeinsam.

Wer viel erreichen will, braucht einen starken Partner. Ob Recycling, Bürgerservice, Wasserwirtschaft, Energie oder ÖPNV: REMONDIS unterstützt Kommunen in allen Leistungsfeldern der Daseinsvorsorge. Erweitern Sie Ihre Möglichkeiten. Profitieren Sie von unserer modernen Logistik, fortschrittlichen Anlagen und umfassendem Know-how. Denn gebündelte Stärken sind der beste Weg zu kommunalen Leistungen mit nachhaltigen Qualitäts- und Kostenvorteilen. Sie wollen erfahren, was gemeinsam machbar ist? Anruf genügt!

REMONDIS SE & Co. KG // Brunnenstr. 138 // 44536 Lünen // Deutschland
T +49 2306 106-518 // F +49 2306 106-533 // info@remondis.de // remondis.de



21. April 2018

19. Ordentliche Landesdelegiertenversammlung

Stadthalle Bielefeld | Willy-Brandt-Platz 1, 33602 Bielefeld



Aktualisierter Programmablauf

9:00 Uhr ■ Einlass und Eröffnung der Ausstellung

10:00 Uhr ■ Eröffnung



Marion Weike
Stellvertretende SGK-Landesvorsitzende,
Bürgermeisterin der Stadt Werther

- Wahl einer Versammlungsleitung
- Beschluss über die Tagesordnung und die Geschäftsordnung
- Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- Herzlich willkommen in Bielefeld



Pit Clausen
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld

■ Bericht des Vorstandes



Frank Baranowski
SGK-Landesvorsitzender,
Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen

- Bericht der Revisoren
- Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- Aussprache zum Bericht des Vorstandes
- Entlastung des Vorstandes
- "Erneuerung beginnt in den Kommunen"



Michael Groschek
Vorsitzender der NRWSPD

- Wahlen I: Wahl des/der Vorsitzenden
- Wahlen II: Wahl des geschäftsführenden Vorstandes

■ "Europa findet Stadt"



Sigmar Gabriel
Bundesaußenminister a.D.

■ Bekanntgabe der Wahlergebnisse
Vorsitzende/r | Geschäftsführender Vorstand

■ Wahlen III: Wahl der Beisitzer/innen

12:55 Uhr ■ Mittagspause

13:45 Uhr ■ Europa findet Stadt

Forum I Städtepartnerschaften der neuen Generation
Was kommt auf die Kommunen zu?



Birgit Sippel MdEP
Mitglied des Europäischen Parlamentes



Uwe Zimmermann
Stellv. Hauptgeschäftsführer Deutscher Städte- und Gemeindebund



Dr. Andreas Höferl
Landtags- und Gemeinderatsklub der SPÖ, Wien



Markus Töns MdB
Stellv. Vorsitzender Ausschuss Angelegenheiten der Europäischen Union



Serafin Pazos-Vidal
Geschäftsführer Schottischer Gemeindeverband (angefragt)



Moderation
Wolfram Kuschke
Staatsminister a.D.

Forum II Integration und Segregation
Internationalität als kommunale Herausforderung



Anke Bokern
architour,
Amsterdam



Michelle Müntefering
Staatsministerin im Auswärtigen Amt



Pit Clausen
Vorsitzender Städtetag NRW



Vertreter/in aus Polen
N.N.



Dipl.-Ing. Martin Müller
Vizepräsident Bundesarchitektenkammer



Moderation
Achim Post MdB
Generalsekretär der SPE

- Wahlen IV: Wahl der Revisoren
- Antragsberatungen
- Bekanntgabe der Wahlergebnisse
Beisitzer | Revisoren

■ Grußwort



Simon Pearce
Schauspieler, Comedian und Kabarettist

■ Schlusswort

16:30 Uhr ■ Ende der Veranstaltung

Liebe Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde der SGK, sehr geehrte Damen und Herren,

wir laden Sie und Euch herzlich zur 19. Ordentlichen Landesdelegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik e. V. (SGK NRW) in die Stadthalle Bielefeld ein. Unsere Konferenz haben wir unter das Motto gestellt:

gewiss auch Verantwortung. Die Entwicklung Europas ist auch für die kommunale Ebene in Deutschland von eminenter Bedeutung. Nicht nur mit Blick auf die Europawahl 2019 möchten wir deshalb mit Ihnen,



mit Euch über wichtige europäische und kommunale Fragen mit hochrangigen Persönlichkeiten diskutieren.

„Europa findet Stadt“.

NRW liegt im Herzen Europas und ist als eine der stärksten Wirtschaftsregionen besonders mit unseren europäischen Nachbarn und den Mitgliedern der europäischen Union verbunden. Ein starkes Europa bedeutet für uns eine gute Zukunft. Diese Situation bedeutet Chance, Risiko, aber

Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung.

Frank Baranowski

Bernhard Daldrup

Landesvorsitzender
Frank Baranowski
Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen

Landesgeschäftsführer
Bernhard Daldrup MdB

„Mit Nachhaltigkeit muss ich mich nicht aufhalten.“



DAFÜR GIBT'S SYSTEMLÖSUNGEN VOM PROFI.

Nutzen auch Sie das breit gefächerte Know-how eines erfahrenen Ver- und Entsorgers, um Technik und Prozesse effizienter zu gestalten – abgestimmt auf Ihren individuellen Bedarf.

Nähere Infos & Kontakt unter www.gelsenwasser.plus



Noch nicht angemeldet?

Die Anmeldung zur Veranstaltung geht ganz unkompliziert über unser Online-Anmeldeformular:



www.sgk-veranstaltungen.de

IMPRESSUM Die Kommunale Zeitung

Herausgeber:
Sozialdemokratische
Gemeinschaft für
Kommunalpolitik in NRW e.V.
(SGK NRW)

Elisabethstraße 16,
40217 Düsseldorf

Tel.: 0211-876747-0,
Fax: 0211-876747-27,

info@diekommunale.de,
www.diekommunale.de
Facebook: facebook.com/SGKNRW

Verantwortlich (auch für Anzeigen):
Bernhard Daldrup,
Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Satz und Gestaltung:
SGK NRW, Postfach 20 07 04,
40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.



**Breitbandausbau – aber richtig!
Weil es um Ihre digitale
Zukunft geht.**

Die Planung und Umsetzung von Breitbandprojekten ist anspruchsvoll. Unsere Experten bieten Ihnen eine Breitband-Beratung aus einer Hand. Wir optimieren Ihren Förderantrag und entwickeln Lösungen für eine leistungsstarke Breitbandversorgung in Ihrer Region. Nachhaltig und zukunftssicher.

www.pwc.de

Unsere Beratungsschwerpunkte

- Antragsbegleitung für Förderprogramme
- Breitbandstrategie / Masterplan
- GIS-basierte Bestandsanalyse
- Kostenoptimierte Grobnetzplanung (FTTB/H; FTTC)
- Bankfähige Geschäftsmodelle
- Wirtschaftlichkeitsanalyse
- Umfassende Rechtsberatung

Ihr Ansprechpartner

Dr. Sven-Joachim Otto
Tel. +49 211 981-2739
sven-joachim.otto@de.pwc.com

